

## **Antwort auf die Wahlprüfsteine von FRÖBEL – Bildung und Erziehung gemeinnützige GmbH**

### **Qualitätsverbesserungen**

*Welche konkreten Maßnahmen priorisieren Sie, um die Qualität in Brandenburger Kindertageseinrichtungen zu sichern und zu verbessern? (bitte Gewichtung 1-5)*

*1 Verbesserung des Leitungsschlüssels*

*2 Verbesserung des Fachberatungsschlüssels*

*3 Verbesserung des Personalschlüssels im U3-Bereich*

*4 Verbesserung des Personalschlüssels im Ü3-Bereich*

*5 Investitionen in externe Evaluation*

Alle diese Maßnahmen sind uns wichtig. Wir setzen uns für die Entlastung der Kitaleitungen ein, damit sie sich auf das Qualitätsmanagement konzentrieren können. Auch die Fachkräfteberatung ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der Qualitätssicherung. Da wir in dieser Legislaturperiode den Betreuungsschlüssel sowohl bei den U3 als auch bei den Ü3 verbessert haben, räumen wir diesen beiden Punkten eine leicht nachgeordnete Priorität ein, obwohl wir der Ansicht sind, dass der Betreuungsschlüssel weiterhin verbessert werden muss und dies auch im Blick behalten werden. Externe Evaluationen halten wir für ein wichtiges Instrument der Qualitätssicherung, doch sind uns die Verbesserungen in den Kitas selbst vorrangig.

*Wenn in den kommenden Jahren der Personalschlüssel sukzessive verbessert werden soll, welchen Schlüssel im U3/Ü3-Bereich einerseits und welchen Leitungsschlüssel andererseits möchte Ihre Partei innerhalb der kommenden Legislaturperiode durchsetzen?*

DIE LINKE strebt einen Personalschlüssel an, der den Empfehlungen einschlägiger wissenschaftlicher Studien entspricht. 1: 3 im U3 Bereich und 1: 8 im Ü3 Bereich sind das Ziel. In der nächsten Legislaturperiode wollen hier weitere Schritte gehen. 1: 4 und 1:10 sollten in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden. Der Sockel der Leitungsfreistellung muss in der nächsten Legislaturperiode dem gewachsenen Aufgabenbereich angepasst werden. Grundsätzlich sollten Leitungen mit Kitas über 100 Kindern freigestellt werden.

### **Fachkräfteoffensive**

*Ausbildungskapazitäten: Wie viele Erzieherinnen und Erzieher pro Jahr wollen Sie für eine Tätigkeit in Brandenburg in der kommenden Legislaturperiode insgesamt qualifizieren? Plant Ihre Partei, die Ausbildungskapazitäten im Land auszubauen und wenn ja, in welchem Umfang? Weiterhin: Welche Ausbildungsträger wollen Sie in den kommenden Jahren stärken – soll der Fokus aus Ihrer Sicht eher auf staatlichen Schulen oder freien Trägern liegen?*

Wir möchten mehr aber auch gut qualifizierte Erzieher\*innen für das Land Brandenburg. Eine genaue Zahl können wir an dieser Stelle nicht nennen, da die Ausbildungskapazitäten sowohl mit den Ausbildungsstätten gemeinsam eruiert werden müssen, als auch auf die Nachfrage an potentiell Interessierten und nicht zuletzt auf demografische Entwicklungen Rücksicht genommen werden

muss. Die Erweiterung von Ausbildungskapazitäten ist eine komplexe Angelegenheit, der wir nicht mit Wunschdenken, sondern bodenständigem Realitätssinn begegnen. Wir benötigen eine kostenfreie und vergütete Ausbildung für Erzieher\*innen. Aufgrund des gestiegenen Bedarfs werden wir die staatliche Ausbildung an den Oberstufenzentren stärken und flächendeckend umsetzen.

*Ausbildungswege: Welche Rolle sollen zukünftig die akademische Ausbildung und Modelle praxisintegrierter Quereinstiege spielen?*

Wir wollen die Hochschulausbildung von Erzieher\*innen unter Einbeziehung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse weiter ausbauen. Ein Studium als Zugangsvoraussetzung zum Erzieher\*innenberuf lehnen wir allerdings ab. Ebenso sind wir darum bemüht, Quereinsteiger\*innen zu gewinnen und zu qualifizieren, insbesondere aus dem Erzieher\*innenberuf nahen Umfeld, wie zum Beispiel der Heilerziehungspflege. Die Möglichkeiten nach § 10 der Personalverordnung wollen wir weiter gut ausschöpfen und gegebenenfalls ausbauen. Eine Qualifikation unter dem Abschluss als staatlich anerkannte Erzieherin ist für uns keine Option.

*Arbeitsbedingungen: Wo sehen Sie den dringenden Handlungsbedarf, um die bestehenden Fachkräfte in Brandenburger Kitas zu halten und welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die in hoher Zahl auspendelnden Fachkräfte für den Einsatz in Kitas in Brandenburg (zurück) zu gewinnen?*

Wir treten dafür ein, den Trägern eine Personaleinsatzplanung zu ermöglichen, die das schwankende Arbeitsvolumen optimal und zur Zufriedenheit der Angestellten bewältigen kann. Darüber hinaus sind uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine gerechte tarifgebundene Entlohnung sehr wichtig. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet sein, dass eine Vollzeitbeschäftigung leistbar ist (derzeit nur 20% Vollzeitbeschäftigung). Ein zielgruppenorientiertes Gesundheitsmanagement für Kitapersonal ist nötig. Am wichtigsten aber ist die Anerkennung der mittelbaren Arbeitsleistung (Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit usw.) als Arbeitszeit. Dies wird die LINKE im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern unterstützen.

## **Konnexität**

*Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um die auch in Brandenburg existierenden Konnexitätskonflikte im Bereich des KitaG zu lösen?*

*Wie bewerten Sie die Möglichkeit einer festen Zuordnung von Aufgabenfeldern zu einer Instanz (z. B. unterschiedliche Zuordnung und Abrechnung von Personal- und Sachkosten)?*

*Beabsichtigt Ihre Partei, eine einheitliche und landesweit gültige Verteilungsquote der Refinanzierung für alle Kostenpositionen einzuführen? Wenn nein, wie wollen Sie der oben genannten Problematik begegnen?*

*In welchen Bereichen der Kita-Finanzierung sieht und plant Ihre Partei die Möglichkeit, eine verlässliche Entgeltfinanzierung einzuführen?*

Da Konnexität Verfassungsrang hat, ist sie als Prinzip zu akzeptieren. Die Kommunen haben große Leistungen erbracht, um die originäre Aufgabe Kita zu schultern. Da alle Qualitätsverbesserungen der letzten Jahre aber überwiegend durch das Land getragen werden mussten, hat sich eine Schieflage ergeben. Grundsätzlich will DIE LINKE die Aufgabe bei den Kommunen belassen. Ein Konnexitätsausführungsgesetz könnte die Konflikte einschränken.

DIE LINKE wird sich im Rahmen des begonnenen Dialogs zur Novellierung des KitaG weiter für eine gerechte und transparente Kitafinanzierung einsetzen.

### **Elternbeiträge**

*Plant Ihre Partei, hierzu Änderungs- und Verbesserungsvorschläge einzubringen? Wenn ja, welche?*

Die Grundlagen für eine gute Bildung werden in der frühen Kindheit gelegt. Kinder haben ein Recht auf Bildung. Die erste Bildungseinrichtung ist die Kita. Deshalb haben wir uns schrittweise auf den Weg der Elternbeitragsfreiheit begeben, den wir in der nächsten Legislaturperiode weiterverfolgen möchten. Wir setzen uns prinzipiell dafür ein, dass der Zugang zu Bildung unabhängig von den Voraussetzungen des Kindes, seiner Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern gesichert wird.

*Ist es vor diesem Hintergrund aus Ihrer Sicht sinnvoll, die Zuständigkeiten zur Erhebung und Festlegung von Elternbeiträgen von den Trägern an die Kommune zu übertragen?*

Es handelt sich um eine kommunale Aufgabe, die zwischen Trägern und Kommunen geregelt wird.

### **Sachmittelausstattung**

*Ist es aus Sicht Ihrer Partei sinnvoll, dass das Land künftig die Höhe der erstattungs- und abrechenbaren Sach- und Betriebskosten festlegt?*

Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, einen festen Betrag festzulegen, da die Sach- und Betriebskosten stark von verschiedenen Faktoren wie Standort, Einrichtung etc. abhängen, die nicht pauschalisiert werden können. Eine Festlegung der Höhe der erstattungs- und abrechenbaren Sach- und Betriebskosten würde in unseren Augen einige Einrichtungen benachteiligen und andere besserstellen.

*Wenn nein, wie wollen Sie Trägern ermöglichen, mittel- und langfristige Anschaffungen planen und unbürokratisch abrechnen zu können?*

Die Abrechnung der Sach- und Betriebskosten ist derzeit in der Betriebskostenverordnung geregelt. Wir setzen uns für ein grundlegend neues und transparentes Kita-Gesetz ein, das den längeren Betreuungszeiten ebenso gerecht wird wie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder aber auch der Träger. Dazu gehören auch Neuregelungen der Verordnungen.

### **Investitionsförderung**

*Wie kann der Investitionsstau in Brandenburger Kitas (insbesondere Investitionen in Lärmschutz, den Abbau von Barrieren, die Einrichtung von Internetanschlüssen und W-LAN und in die Förderung von frischkochenden Küchen) aus Ihrer Sicht abgebaut werden?*

Auch das bleibt kommunale Aufgabe. Die Kommunen wurden und werden im Land über das FAG gut ausgestattet. DIE LINKE wird auch in der nächsten Legislaturperiode Investitionspakete schnüren, die es den Kommunen erleichtern, die von Ihnen genannten Investitionen zu tätigen. Die Mittel aus dem Gute Kita-Gesetz Bund wollen wir vor allem für mehr Personal einsetzen. Sollte es eher Erfordernisse im investiven Bereich geben, muss dies ab 2020 neu verhandelt werden. Grundsätzlich sieht DIE LINKE den Bund hier in Mitverantwortung.

## **Trägeranteil**

*Halten Sie den Eigenanteil noch für zeitgemäß?*

*Falls ja, aus welchen Quellen sollen Träger diese Mittel aufbringen?*

DIE LINKE sieht derzeit keine Möglichkeit, freie Träger grundsätzlich von einem Eigenanteil zu befreien. Im Rahmen der Novellierung werden wir uns dafür einsetzen, dass dieser auch leistbar und im begründeten Fall aussetzbar ist.

## **Haushaltspolitik**

*Welche haushaltspolitische Zielsetzung sieht Ihre Partei für Brandenburg vor?*

DIE LINKE Brandenburg sieht sich auch in Zukunft zu verantwortlicher und nachhaltiger Haushaltspolitik verpflichtet. Dabei geht es für uns zum einen um die finanzielle Sicherung von Ausgaben und zum anderen um die Sicherung von Steuereinnahmen. Trotz der aktuell positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen lehnen wir Steuersenkungen zu Lasten des Landes und seiner Kommunen ab.

Wir wollen das Gemeinwesen weiter stärken und ausbauen. Dazu gehören u. a. der öffentliche soziale Wohnungsbau, öffentlich finanzierte und gebührenfreie Kitas und Schulen, die Verbesserung von Betreuungsschlüsseln im Erzieher\*innen- und Lehrer\*innenbereich, gebührenfreie Universitäten, der öffentlich finanzierte Personen- und Schienennahverkehr und die Stärkung und der Ausbau von flächendeckenden Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Unseren strategischen Ansatz zum Umgang mit Haushaltsüberschüssen und der Bildung von Rücklagen wollen wir fortführen. So werden wir weiter Vorsorge treffen und sichern mittelfristig die notwendigen öffentlichen Investitionen und die aktive Zukunftsvorsorge der öffentlichen Hand auch in Zeiten der Schuldenbremse. Eine Finanzpolitik, die Schuldentilgung als vorrangiges Ziel beschreibt und dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt, ist für uns nicht nachhaltig und lehnen wir deshalb ab.

*Wird Ihre Partei vor dem Hintergrund der sogenannten Schuldenbremse, die 2020 in Kraft tritt, mindestens eine Bestandssicherung bei der Finanzierung der Kindertagesbetreuung garantieren können?*

Die Schuldenbremse des Bundes darf ab 2020 nicht zur Zukunftsbremse des Landes Brandenburg werden. Sie gehört wieder abgeschafft. DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse nach wie vor ab. Die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen kann auch nicht durch ein Verbot neuer Kredite gesichert werden, sondern nur durch ein sozial gerechtes Steuersystem, in dem bestimmte vermögensbasierte Steuern wie die Erbschaft- und Vermögensteuer gestärkt werden. Wir wollen, dass Brandenburg auf Bundesebene weiter dafür streitet.

Wir werden alles dafür tun, dass die Finanzierung der Kindertagesbetreuung gesichert und verbessert wird.

## Familienpolitik

*Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Brandenburger Eltern zu verbessern?*

Wir wollen Familien unterstützen. Dazu zählt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf.

Zum einen muss in den Familien Erziehungsarbeit geleistet werden, zum anderen zwingen der demografische Wandel und der Fachkräftemangel immer mehr Familien dazu, ihre Angehörigen selbst zu pflegen. Beides muss mit der Berufstätigkeit vereinbar sein und dazu braucht es gut ineinander verzahnte Rahmenbedingungen. Zudem braucht es umfangreiche Kinderbetreuungsangebote, die nicht nur die Kernarbeitszeiten abdecken. Zur Vereinbarkeit von Pflege und Familie müssen gerade im Bereich der Pflege ambulante Strukturen professionalisiert und ausgebaut werden. Der Staat insgesamt ist hier in der Pflicht, auf allen politischen Ebenen. Auch auf Landesebene kann trotz aller Errungenschaften noch viel getan werden.

Deshalb wollen wir:

- das kinder- und familienpolitische Programm der Landesregierung mit seinen zentralen Elementen „Netzwerke für gesunde Kinder“, den „Lokalen Bündnissen für Familie“ und den „Eltern-Kind-Gruppen“ weiterentwickeln und kontinuierlich umsetzen.
- Familienverbände und Mehr-Generationen-Häuser stärken.
- zentrale Anlaufstellen für Alleinerziehende in jedem Landkreis einrichten. Sie sollen über Rechtsansprüche und Hilfsangebote informieren und bei der Beantragung staatlicher und weiterer Leistungen unterstützen.
- uns über eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Familienpflegezeitgesetzes einsetzen, damit künftig kein Angehöriger aus der gesetzlichen Krankenversicherung fällt, weil er seine Familienmitglieder pflegt.

Zudem muss im Bereich Arbeit viel getan werden. Gute Arbeit bedeutet mehr als gute Löhne. Sie bedeutet flexible Arbeitszeitmodelle, die sich an den Interessen und Lebenswirklichkeiten der Arbeitnehmer\*innen orientieren und sie bedeutet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Standards hierfür weiterzuentwickeln und durchzusetzen, ist zentrales Anliegen linker Politik. - Das Bündnis für gute Arbeit wollen wir auch künftig stärken. Das bedeutet:

- zeitgemäße und flexible Arbeitszeitmodelle, die die Bedürfnisse von Familien und Alleinerziehenden berücksichtigen, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die Einhaltung des Teilzeitgesetzes. Neben dem Recht auf Teilzeit muss auch das Recht auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung umgesetzt werden.
- flexible Angebote der Nachmittagsbetreuung, insbesondere für Alleinerziehende und Kinder mit Behinderungen.
- die Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“ in eine institutionelle Förderung überführen, um das Beratungsangebot dauerhaft aufrechterhalten zu können.

Zudem wollen wir eine Umverteilung von Erwerbsarbeit und Sorge-Arbeit: Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander tragen. Auch viele Männer würden sich gern an der Familienarbeit beteiligen, wenn die ökonomischen Verhältnisse dieses zuließen. Eine Änderung setzt voraus, dass nicht nur die Familienarbeit umverteilt werden muss, sondern auch eine Umverteilung

der gut bezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen stattzufinden hat. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung, Betreuung und Pflegearbeit innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern ein.

*Wie bewerten Sie das Engagement von Unternehmen bei der Schaffung zusätzlicher betriebsnaher Kitaplätze?*

Die Schaffung zusätzlicher betriebsnaher Kitaplätze ist grundsätzlich zu begrüßen, aber auch skeptisch zu hinterfragen und aufmerksam zu beobachten. Auch DIE LINKE ist dahingehend noch im Diskussionsprozess. Mit der Schaffung von Betriebs-Kitas kann viel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beigetragen werden. Andererseits bürgt es die Gefahr, dass die Arbeitnehmer somit dem Unternehmen uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen haben. Ebenso ist es schwierig, in solchen Kitas eine soziale Mischung der Kinder zu realisieren. DIE LINKE ist der festen Überzeugung, dass alle Kinder gemeinsam miteinander lernen und spielen sollen. Nur wenn Kinder aus Arztfamilien mit Kindern aus sozialschwachen Familien zusammenspielen, können Vorurteile von Anfang an bekämpft oder gar vermieden werden. Zudem muss eine Kindertagesstätte die Lebensrealität und damit auch die Vielschichtigkeit der Gesellschaft abbilden, was in Betriebs-Kitas nicht immer möglich ist. - In jedem Falle soll das Kindeswohl an erster Stelle stehen.